- <sup>3</sup> *Deutscher Ärztetag*: Individualisierung oder Standardisierung in der Medizin? Deutsches Ärzteblatt 99, 2002, S. 1588–1592.
- <sup>4</sup> Weltärztebund: Deklaration von Lissabon zu den Rechten des Patienten. September 1995.
- <sup>5</sup> Fischer, Gerfried / Kluth, Winfried / Lilie, Hans: Ansätze für eine Stärkung der Patientenrechte im deutschen Recht Bestandsaufnahme und Handlungsperspektiven. Rechtsgutachten im Auftrag der Enquete-Kommission "Recht und Ethik der modernen Medizin" des Deutschen Bundestages, Zweite überarbeitete Fassung, März 2002.
- <sup>6</sup> Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bundesbericht Forschung 2004. Tabelle 8a: Ausgaben des Bundes für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung nach Förderbereichen und Förderschwerpunkten. Berlin 2004, S. 616–621.
- <sup>7</sup> Die deutschen Bischöfe: Der Mensch: Sein eigener Schöpfer? Wort der Deutschen Bischofskonferenz zu Fragen von Gentechnik und Biomedizin. Bonn 2001.

## Gesundheit aus der Sicht der Politik

## Barbara Lanzinger

In der aktuellen Debatte im Bundestag, in den Medien und in den Gesprächen mit vielen Menschen wird "Gesundheit" oft mit folgenden Schlagworten und Aussagen belegt:

Gesundheit sei nicht mehr bezahlbar, Kostendämpfung, kann ich mir nicht mehr leisten, der kleine Mann zahlt wieder alles, zu hohe Lohnnebenkosten, Bürokratieabbau, steuerfinanziert, umlagefinanziert, Wettbewerb, Transparenz, Hausarztmodelle, integrierte Versorgung, Gesundheitsreformgesetz, Beitragssicherungsgesetz, Gesundheitsmodernisierungsgesetz, Begrenzung von Leistungen. Alles Begriffe, die die Menschen eher verwirren und verunsichern. Warum Einsparungen und die Wiedererlangung der Eigenverantwortung und Solidarität notwendig sind, wird den Menschen nicht ausreichend deutlich.

Der ganzheitliche Ansatz von Gesundheit und der Zusammenhang mit Lebenswürde und Lebensqualität kommen in der politischen Debatte zu kurz.

Gesundheit lässt sich nicht auf den ökonomischen Faktor allein reduzieren, sie hat eine zentrale Bedeutung für die Realisierung von Lebenszielen. Gesundheit ist vielmehr der Zustand des funktionalen Optimismus eines Individuums im Hinblick auf seine in die gesellschaftliche und natürliche Umwelt eingebetteten Lebensäußerungen. In diesem Sinne beschreibt die WHO Gesundheit als "Zustand des vollständigen, körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Freisein von Krankheit und Gebrechen". Ein Mensch ist gesund, wenn sich

80

sein Körper, sein Geist und seine Umwelt im Gleichgewicht befinden.

Für Schwerstkranke und sterbende Menschen, Menschen mit Gebrechen, mit körperlichen und geistigen Behinderungen, für alte Menschen und Menschen mit Lebenserfahrung bedeutet Gesundheit vor allem, am Leben mit allen Sinnen teilhaben zu dürfen.

Für diese Menschen bedeutet Gesundheit in jeder Situation als Mensch wahrgenommen zu werden, als Mensch seine Würde zu haben. Dazu zählt auch die Hoffnung auf eine Medizin und Pflege, die dem Einzelnen hilft.

In der Politik ist das Thema "Gesundheit" eingebettet in die sozialen Sicherungssysteme wie sie in den Sozialgesetzbüchern (SGB) rechtlich verankert sind.

Im Bonner Weltalmanach zum 40jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland heißt es zum Thema Gesundheitspolitik:

"Ziel der Gesundheitspolitik ist es, die Gesundheit der Bürger zu erhalten, zu fördern und im Krankheitsfall wieder herzustellen. Unserer föderalistischen Staatsordnung und unserem pluralistischen Gesellschaftssystem entsprechend liegt die Gesundheitspolitik nicht allein in der Verantwortung des Staates oder gar der Bundesregierung. Die Förderung der Gesundheit ist vielmehr gemeinsame Aufgabe einer Vielzahl von Beteiligten. Dazu gehören neben dem Bund die Länder und Gemeinden, die Gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung und ihre Selbstverwaltung, die Private Krankenversicherung, freigemeinnützige Organisationen und die Gesundheitsberufe und ihre Organisationen. Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland ist mit seinen einzelnen Elementen wie der stationären und ambulanten Versorgung, dem öffentlichen Gesundheitsdienst, den ärztlichen Diensten im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung und dem arbeitsmedizinischen Dienst, den medizinischen, paramedizinischen, aber auch sozialen Berufen und dem gegliederten System der Krankenversicherung historisch gewachsen. Es hat sich in der Vergangenheit insgesamt bewährt. Ein solches System ist allerdings im besonderen Maße auf die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten angewiesen.

Es bedarf der gegenseitigen Ausgestaltung des Wirkens und Zusammenwirkens von freien Kräften, privaten, öffentlichen und freigemeinnützigen Trägern und Einrichtungen im Gesundheitswesen. Auch in der Gesundheitspolitik will die Bundesregierung den selbständigen Bürger in verantwortlicher Freiheit und nicht den total verwalteten Menschen. Die Politik handelt hier nach dem Grundsatz: soviel Freiheit wie möglich – soviel Staat wie nötig."

SGB V § 1 erinnert die Versicherten, d. h. die Beitragszahler, die die sozialen Sicherungssysteme bezahlen, an ihre Solidarität und Eigenverantwortung.

Außerdem ist die Gesundheit im Sinne von Leben und Würde auch im Grundgesetz verankert.

Aufbauend auf der Definition von Gesundheit als integraler Bestandteil der Menschenwürde wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist, ist es Aufgabe der Politik, nicht nur die Rahmenbedingungen für Kosten- und Versorgungsstrukturen zu schaffen, sondern nachhaltig das Bewusstsein dafür zu schaffen und zu schärfen, was dem Einzelnen Gesundheit wert ist. Dies zieht die Frage nach der Würde des einzelnen Menschen nach sich.

In der Konsequenz muss darüber nachgedacht werden, was der Einzelne für sich tun kann. Dies betrifft die Bereiche Ernährung, Bewegung und Eigenvorsorge, aber auch die Erkenntnis, dass man nicht plötzlich und unerwartet alt und krank wird, und dass Sterben und Tod zum Leben gehören.

Es ist die politische Aufgabe, Bewusstsein für diese Prozesse zu schaffen und die Verantwortlichkeit des Einzelnen für sich selbst und seinen Körper einzufordern. Die Verantwortung trägt jeder Mensch aber nicht nur gegenüber sich selbst, sondern auch gegenüber der Solidargemeinschaft, den in Gesundheitsberufen tätigen Menschen sowie den nahen Angehörigen. Sie alle sind Teile eines breiten und unüberschaubaren Systems des Gesundheitswesens, welche in keinster Weise ausreichend miteinander vernetzt sind. Es gibt ein viel zu großes, vielfältiges und meist wenig durchschaubares System von Angebot und Nachfrage.

Eine der zentralsten Aufgaben der Politik ist es, die gesetzlichen und gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Gesundheitspolitik so zu schaffen, dass diese den Menschen als Individuen die Freiheiten lassen, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Diese Rahmenbedingungen müssen zuverlässig, authentisch und praktikabel sein für ein menschenwürdiges Leben von der Geburt bis zum Tod.

Das Hauptaugenmerk muss darauf liegen, dass der Mensch mit Würde ausgestattet ist und nicht nur einen Wert im ökonomischen Sinne darstellt.

Aus diesen Überlegungen lassen sich folgende Forderungen ableiten:

- Jeder Mensch hat das Recht in Würde zu leben.
- Jeder Mensch hat das Recht in Würde zu sterben.
- Jeder Mensch hat das Recht auf Hilfe jeglicher Art in jeder Lebensphase.

Um diese Forderungen in die Realität umzusetzen, müssen die eigentlichen Akteure des Gesundheitssystems, die Ärztinnen und Ärzte, Notfalldienste, Pflegerinnen und Pfleger, unterstützt werden, indem auch hier klare Bestimmungen erlassen werden.

Das alles verlangt selbstbewusstes, unabhängiges und verlässliches Handeln von der Politik sowie Eigenverantwortung und Solidarität von allen Beteiligten, was gerade in einer von Kostendruck und Wirtschaftlichkeitsdenken geprägten Gesellschaft von besonderer Bedeutung ist. Die ökonomischen Zwänge stellen eine große Gefahr für eine menschenwürdige Ausgestaltung des Gesundheitssystems dar.

Nach dem Motto: "Tue zuerst das Notwendige, dann das Mögliche, dann schaffst du (vielleicht) selbst das Unmögliche" war der Kompromiss zur Gesundheitsreform ein wichtiger Schritt, dessen zentrale politische Botschaft lautet: Im Umgang mit dem menschlichen Leben in seinen unterschiedlichen Ausprägungen wird sich künftig die Humanität in unserer Gesellschaft zeigen. Dies schließt den Umgang mit Gesundheit nach der Definition der WHO ein.

Gesundheit aus Sicht der Politik bedeutet die Formierung einer Wertegemeinschaft, die Werte wie Verlässlichkeit und Klarheit vermitteln muss, um eine menschenwürdige medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.